

# »Der Verbraucher hat keine Macht«

**SPIEGEL-GESPRÄCH** Thilo Bode, 74, gilt als einer der dienstältesten Aktivisten des Landes. Er war Geschäftsführer von Greenpeace und gründete 2002 die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch. Nun tritt der studierte Soziologe und Volkswirt ab – und zieht eine ernüchternde Bilanz als Weltenretter.



Aktivist Bode

**SPIEGEL:** Herr Bode, seitdem Sie 1989 bei Greenpeace angefangen haben, gelten Sie als Schrecken der Unternehmen. Erst haben Sie ihnen Umweltvergehen vorgeworfen, später dann bei Foodwatch Nahrungsmittelfrevel. Was haben Sie damit erreicht?

**Bode:** Mit Foodwatch haben wir dazu beigetragen, dass Ernährung ein politisches Thema ist. In den ersten Talkshows hatten die Redakteure noch Panik, wenn ich bestimmte Produkte in die Kameras halten wollte. Das haben wir denen abgewöhnt.

**SPIEGEL:** Ihr Ziel mit Foodwatch war es, Verbraucher besser zu schützen, auch durch Gesetze, und den Einfluss der Lebensmittelindustrie zurückzudrängen. Hat das funktioniert?

**Bode:** Diese großen Ziele haben wir nicht erreicht, da sollte man nichts beschönigen. Der Lebensmittelmarkt hat sich nicht zum Besseren verändert. Gesundheitsschutz, Täuschungsschutz, Transparenz: Fehlanzeige! Das nach der BSE-Krise eingeführte europäische Lebensmittelrecht wird nicht konsequent angewendet. Punktuelle Erfolge, beispielsweise ein verbesserter Schutz gegen Giftstoffe wie Dioxin, dürfen darüber nicht hinwegtäuschen.

**SPIEGEL:** Die Lebensmittelampel, für die Sie lange gekämpft haben, ist ebenfalls nicht gekommen. Warum?

**Bode:** Wir sind an der knallharten Lobby der Lebensmittelindustrie gescheitert, die dieses Projekt, das nicht nur die große Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch Krankenkassen und Ärzteverbände unterstützten, verhindert hat. Es ist simpel: Die Ampel gefährdet die traumhaften Umsatzrenditen von Junkfood. Mir wurde auch klar, welche strukturellen Probleme es in der EU gibt. Der Binnenmarkt verbietet es, dass Mitgliedstaaten die verbindliche Ampel, die heute Nutri-Score heißt, national einführen. Eine ernüchternde Bilanz.

**SPIEGEL:** Sie zeichnen jedes Jahr die größte Lebensmittellüge der Industrie mit dem Goldenen Windbeutel aus. Ist das ein geeignetes Mittel, um gegen die Konzerne anzukommen?

**Bode:** (lacht) Die Erwartung war, dass der Windbeutel, der Verbrauchertäuschung wunderbar veranschaulicht – etwa mit Zuckerbomben, die als sportliche Zwischenmahlzeit beworben werden – öffentliche Empörung auslöst und dann zu politischen Veränderungen führt. Das hat nicht funktioniert.

**SPIEGEL:** Sie hören sich fast ohnmächtig an.

**Bode:** Nicht ohnmächtig, sondern ernüchtert. Wir haben als Foodwatch

bei solchen Mogelpackungen nur das Mittel, Unternehmen wegen unlauteren Wettbewerbs zu verklagen. Die Hersteller verändern dann etwas ihre Verpackung, das war's.

**SPIEGEL:** Was müsste sich ändern?

**Bode:** Wir müssen das Recht haben, Behörden zu verklagen, wenn sie die Gesetze wie das Täuschungsverbot nicht durchsetzen. Wir planen gerade, in einem Musterprozess die Regierung eines Mitgliedstaats zu verklagen, weil diese das Gebot der Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln nicht durchsetzt. Das ist immens wichtig, denn bei einem Lebensmittelkandal muss man innerhalb kürzester Zeit wissen, wo die Produkte herkommen und wohin sie gehen.

**SPIEGEL:** Hat Sie neben der Politik auch der Konsument enttäuscht, auf den Sie ja setzen?

**Bode:** Nein. Politik und Industrie preisen das Ideal des mündigen Verbrauchers, vor allem weil dann beide nichts ändern müssen. Doch der Verbraucher hat keine Macht. Er kann ja keine Nulltoleranz bei Dioxin kaufen. Die Menschen müssen durch den Staat geschützt werden, nicht durch Appelle oder freiwillige Selbstverpflichtungen.

**SPIEGEL:** Hat sich in der Ernährungsbranche tatsächlich gar nichts getan? Wir haben immerhin einen Bio-Sektor, der inzwischen 15 Milliarden Euro schwer ist.

**Bode:** Hört sich gewaltig an, aber die Agrarwende ist ausgeblieben. Die rot-grüne Koalition gab 2001 die Losung aus, in zehn Jahren 20 Prozent der Agrarfläche ökologisch zu bewirtschaften. Jetzt hat die von der Bundesregierung eingesetzte Zukunftskommission Landwirtschaft dieses Ziel für 2030 anvisiert. Gerade drei Prozent des Fleischumsatzes entfallen auf Biofleisch. Bio ist immer noch ein Nischenmarkt.

**SPIEGEL:** Woran liegt das?

**Bode:** Bio ist nachhaltiger und deshalb teurer. Ansonsten herrscht Intransparenz – der Verbraucher kann im Supermarkt kaum die Qualitäten der Produkte unterscheiden. Das Decodieren von Etiketten ist kaum möglich, und die liefern ja maximal die halbe Wahrheit. Deshalb kann man für die Veränderung von Märkten nicht den Kunden verantwortlich machen, sie erfordert staatliche Intervention.

**SPIEGEL:** Dann war es also ein Fehler, dass auch Foodwatch die Illusion genährt hat, Verbraucher könnten was bewegen, wenn man nur ein wenig Transparenz schafft?

**Bode:** Wir haben keine Illusionen genährt, doch hätten wir noch viel nachdrücklicher darauf hinweisen müssen, dass Konsumenten Märkte mit dem Einkaufskorb nicht verändern können. Wir haben diese Ohnmacht neulich in einem Newsletter thematisiert und viele empörte Zuschriften bekommen. Ein älteres Ehepaar habe ich zurückgerufen. Der Mann sagte mir: »Jetzt haben wir unser ganzes Leben Bio gekauft, und nun kommen Sie und sagen uns, das hat alles nichts genutzt.«

## »NGOs sind kein Automat, in den man einen Euro reinschmeißt, und dann kommt ein Stück Gemeinwohl raus.«

**SPIEGEL:** War das Paar Foodwatch-Spender?

**Bode:** Ja, und es ist ausgetreten.

**SPIEGEL:** Fühlen sich manche Leute nicht getäuscht, wenn sie ihr letztes Geld an NGOs wie Foodwatch spenden und sich an den Mogelpackungen der Lebensmittelindustrie trotzdem nichts ändert?

**Bode:** NGOs sind kein Automat, in den man einen Euro reinschmeißt, und dann kommt ein Stück Gemeinwohl raus.

**SPIEGEL:** Manche verkaufen sich so. Mit ein paar Euro könne man den Sumatra-Tiger oder den Regenwald retten, wird einem auf Plakaten suggeriert.

**Bode:** Sie wollen von mir hören, dass ich das schlecht finde? Ja, ich finde das schlecht. Vor allem wenn ich sehe, dass Organisationen sich von Unternehmen oder vom Staat finanzieren lassen. Wir müssen uns ehrlich machen und sollten nicht mit Hoffnung handeln, dafür ist die Kirche zuständig. Wenn NGOs behaupten, jeder könne ein kleiner Klimaschützer sein, dann werde ich richtig sauer.

**SPIEGEL:** Müssen Sie Ihre Strategie ändern?

**Bode:** Wir müssen weiterhin unabhängig bleiben, uns weder mit Parteien gemein machen noch in irgendwelchen Kommissionen sitzen. NGOs gehören nicht in Kohlekommissionen oder in die Zukunftskommission Landwirtschaft. Die ist ein Desaster.

**SPIEGEL:** Mit dieser Meinung stehen Sie ziemlich allein da. Die Kommission hat Lob von vielen Seiten bekommen, sie hat ein Leitbild für die zukünftige Landwirtschaft entwickelt, das nicht mehr auf den Weltmarkt ausgerichtet ist, sondern auf regionale, nachhaltige Produktion – und alles mit Zustimmung von Umweltschützern und Bauernverband. Haben Sie nicht für genau so ein Leitbild gekämpft?

**Bode:** Wir kämpfen für Veränderungen, nicht für Leitbilder. Das sind Formelkompromisse. Im Bericht steht alles Mögliche drin, alles Wesentliche wird weit in die Zukunft verschoben. Und für alles soll es Subventionen geben.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie den Umbau der Tierhaltung ohne Subventionen schaffen?

**Bode:** Subventionen sind für den Umbau der Landwirtschaft einschließlich eines besseren Tierschutzes nötig, um den Betrieben die Anpassung zu erleichtern. Aber sie dürfen nicht auf Dauer sein. Welche Schäden die industrielle Landwirtschaft anrichtet, wurde in der Kommission kaum thematisiert.

**SPIEGEL:** Die negativen externen Effekte wie die Belastung des Grundwassers oder der Artenschwund sind mit 40 bis 50 Milliarden Euro pro Jahr beziffert.

**Bode:** Aber was folgt daraus? Diese Schäden, heißt es, sollen »zukünftig möglichst weitgehend« vermieden werden. Eine ganz tolle Verpflichtung! Wir müssen die Tierhaltung halbieren, um die Klimaziele zu erreichen, und Ausgleichsmechanismen an der Grenze schaffen, um europäische Bauern vor Billigimporten zu schützen. Solche Dinge bleiben völlig unkonkret. Dass die Umweltverbände sich für so was hergegeben haben, ist peinlich.

**SPIEGEL:** Sie übertreiben. Liegt das daran, dass Ihnen neue NGOs wie Extinction Rebellion, Ende Gelände und Fridays for Future (FFF) mit unkonventionellen Protestformen den Rang ablaufen?

**Bode:** Vor Ende Gelände habe ich großen Respekt, weil sie konkret zivilen Ungehorsam leisten. Und was FFF geschafft hat, ist enorm. Diese Vielfalt ist gut. Allerdings richtet sich der Protest von FFF kaum gegen die bestehenden Machtverhältnisse. Zum Schutz des Klimas propagieren sie alte Instrumente wie den CO<sub>2</sub>-Preis oder ein Energiegeld. FFF sollte sich auch die Frage stellen, warum sich in der Klimapolitik seit 30 Jahren nichts ändert.

**SPIEGEL:** Haben Sie dafür eine Erklärung?

**Bode:** Weil wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen und gnadenlos bedient werden, etwa die der deutschen Autoindustrie.

**SPIEGEL:** Greta Thunberg hat Popstar-Status erlangt, sie erreicht so viele Menschen auf dem Planeten wie vielleicht nie zuvor ein Aktivist oder eine Aktivistin. Bringt das nichts?

**Bode:** Aus meiner Sicht zeigt das eher, wie das System funktioniert. Greta spricht mit Frau Merkel und dem Papst, hat eine enorme Öffentlichkeit. Aber es ändert sich nichts.

**SPIEGEL:** Woran liegt es, dass die NGOs nicht durchdringen?

**Bode:** Wir haben heute eine fragmentiertere Öffentlichkeit als früher, was auch eine Folge der Dominanz der sozialen Medien ist. Es ist viel schwieriger, ein Thema zu setzen und eine wirkliche Debatte in der Gesellschaft zu entfachen.

**SPIEGEL:** Ist es durch die sozialen Netzwerke nicht leichter geworden, eine breite und internationale Wahrnehmung für ein Thema zu bekommen?

**Bode:** Ja, aber das ist kurzlebig und schließt inhaltlich gewichtige Debatten geradezu aus.

**SPIEGEL:** Vielleicht nutzt sich der Protest auch einfach ab. Selbst von links kommt Kritik, Jutta Ditfurth hat mal gesagt, Klima-NGOs wie Extinction Rebellion seien Weltuntergangssekten.

**Bode:** Wenn ich daran denke, wofür Fridays for Future oder Foodwatch kämpfen, dann erkenne ich daran nichts Sektenhaftes, sondern etwas für die Gesellschaft sehr Wichtiges. Allerdings haben wir ein Defizit: Wenn wir in der Klima- und Verbraucherpolitik etwas



erreichen wollen, müssen wir der sozialen Frage viel mehr Gewicht beimessen.

**SPIEGEL:** Wie meinen Sie das?

**Bode:** Wenn wir es ernst meinen mit der ökologischen Erneuerung, werden sich nicht nur Benzin und Heizung verteuern. Unser gesamter Konsum verursacht permanent Treibhausgas. Besteuern wir also den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, wird alles teurer: Ernährung, Kleider, Urlaub – auch ohne das Fliegen. Wenn wir Klimaschutz fordern, dann tun wir das aus einer privilegierten Situation heraus. Ich kann verstehen, wenn die Leute fragen: »Warum soll ich dafür zahlen?«

**SPIEGEL:** Wo sollten die Aktivisten ansetzen?

**Bode:** Wir müssen eine Sozialpolitik fordern, die von den Ausbildungs- und Gesundheitskosten über die Miete bis zur Rente reicht und einen Großteil der Gesellschaft wirklich auf ein sicheres Einkommensniveau hebt. Die Ressourcen dafür hätten wir. Enthüllungen wie die »Paradise Papers« oder »Pandora Papers« zeigen doch, wie wenig Steuergerechtigkeit es gibt. Nachhaltigkeit gibt es nur mit sozialer Gerechtigkeit.

**SPIEGEL:** Jetzt klingen Sie wie ein Systemkritiker.

**Bode:** Unsere Demokratie muss resistenter gegen den Einfluss von Wirtschaftsinteressen gemacht werden. Die westlichen Demokratien liefern nicht mehr genug Output an Allgemeinwohl. Es fängt klein an mit den undurchsichtigen Maskendeals in der Pandemie und hört mit den intransparenten Entscheidungsprozessen in Handelsverträgen wie Ceta nicht auf. Verbraucher und Bürger haben unzureichende Informationsrechte und kaum Mittel, Transparenz einzuklagen. Untersuchungsausschüsse werden von der Regierungsmehrheit im Bundestag besetzt und nicht von unabhängigen Kritikern. Hinzu kommt die Intransparenz vieler EU-Gremien, zum Beispiel des EU-Ministerrats, dessen Gesetzgebung hinter geschlossenen Türen stattfindet.

**SPIEGEL:** Wollen Sie das wieder auf die Macht der Konzerne schieben?

**Bode:** Sieht jedenfalls ganz danach aus. Nehmen Sie die Diskussion über Werbeverbote für ungesunde Kindernahrungsmittel: Da geht es um das Grundrecht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit. Foodwatch hat vor fünf Jahren knapp 300 Produkte untersucht, 85 Prozent davon wurden entgegen den Empfehlungen für Kin-

der beworben. Nach fünf Jahren haben wir uns den Werbedruck der gleichen Produkte wieder angesehen – die Verbesserung war minimal. Das Prinzip, auf dem diese Schande beruht, ist die freiwillige Selbstverpflichtung. Wir haben einen klaren Beweis, dass Kinder in ihrer Gesundheit, in ihrer Entwicklung potenziell massiv geschädigt werden können, und wir überlassen ihr Schicksal der freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie. Geht's noch?

**SPIEGEL:** Der Koalitionsvertrag sieht jetzt immerhin ein Zuckerwerbeverbot für unter 14-Jährige vor.

**Bode:** Da sehen Sie, dass wir nicht ganz ohnmächtig sind. Aber warten wir erst einmal ab, ob das auch für Internetformate gilt.

**SPIEGEL:** Beim Klimagipfel in Glasgow haben sich die NGOs zum Teil der Politinszenierung machen lassen. Die roten Linien und Zugeständnisse der Länder standen bereits vor der Konferenz fest.

**Bode:** Das stimmt schon, es werden freiwillige Vereinbarungen getroffen, und die sind von Konferenz zu Konferenz immer schwächer geworden. Unsere Ressourcen müssen in den Angriff gehen. Wir dürfen uns nicht an Verhandlungen beteiligen, denn wir haben keine Macht. Wenn wir überhaupt Macht ausüben können, dann durch Druck von außen.

**SPIEGEL:** Etwa durch Hungerstreiks vor dem Reichstag fürs Klima?

## »Wir überlassen das Schicksal von Kindern der freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie. Geht's noch?«

Bode, SPIEGEL-Redakteure\*



Florian Gerneritzky / DER SPIEGEL

**Bode:** Mehr Radikalität ist noch kein strategisches Konzept. Wir können blockieren, Nötigung ist kein Straftatbestand mehr, uns steht die ganze Palette von zivilem Ungehorsam zur Verfügung. Aber indem man Aktionen aufwendiger und gefährlicher macht, erreicht man noch nichts. Wir müssen weiterhin Probleme und Verantwortliche benennen, die Defizite des demokratischen Systems sezieren. Seit Langem ist bekannt, dass die Nebenjobs der Abgeordneten ein Riesenproblem sind. Aber erst mit den Maskendeals hat die Masse der Leute gemerkt, was Abgeordnete nebenher so treiben. Wichtig ist auch: Wir müssen, wo immer es geht, mit juristischen Maßnahmen unsere Vorstellungen durchsetzen.

**SPIEGEL:** Wie sollen solche Maßnahmen konkret aussehen?

**Bode:** Eine Haftung der Konzerne für die Einhaltung des Völkerrechts wäre eine Errungenschaft. Das Lieferkettengesetz ist ein Versuch, der allerdings zu industriehörig umgesetzt worden ist, ohne durchgehende zivilrechtliche Haftung. Und warum können NGOs nicht direkt gegen permanente Verfassungsbrüche wie bei den Kastenstandsqualen für Schweine juristisch vorgehen? Tierschutz ist schließlich ein Staatsziel im Grundgesetz. Es gibt eine unheimliche Asymmetrie: Unternehmen können immer auf Verletzung ihrer Eigentumsrechte klagen. Wenn ein Verbraucher wegen der Verletzung seines Grundrechts auf Leben klagt, weil er mit Dioxin belastete Milch getrunken hat, dann muss er erst beweisen, dass er dadurch Krebs bekommt. Daran erkrankt er aber vielleicht in 20 Jahren. Hier muss die Beweislast umgedreht werden. Die Hersteller müssten beweisen, dass ihr Produkt unschädlich ist.

**SPIEGEL:** Macht es Ihnen Hoffnung, dass die Grünen der neuen Bundesregierung angehören werden?

**Bode:** Diese vermeintliche Klimakoalition, die schon am Tempolimit scheitert? Ich habe da überhaupt keine Hoffnung, schon gar nicht bei den Grünen.

**SPIEGEL:** Warum ausgerechnet bei den Grünen so skeptisch?

**Bode:** Hier klafft die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit besonders weit auseinander. Die Grünen wollen an der Macht bleiben, und ich ahne, auf welche Kompromisse sie sich in der Koalition einlassen. Das heißt, wir müssen den Druck weiter erhöhen.

**SPIEGEL:** Herr Bode, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

\* Martin Hesse und Nils Klawitter in München.